



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



SOZIALES

Frauen im SoVD-Landesverband diskutieren über Lohnschere

AKTUELLES

Inkontinenzmittel: SoVD im Gespräch mit der AOK

AKTUELLES

SoVD-Kreisverband Diepholz informiert zu Altersarmut

AKTUELLES

Barrierefreie Arztpraxen in Niedersachsen

Orientierungshilfe bieten

Seit Dezember 2008 untersucht der SoVD-Landesverband Niedersachsen Arztpraxen landesweit auf Barrierefreiheit. Zum europäischen Aktions- und Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai hat der 250.000 Mitglieder starke Verband nun eine erste Zwischenbilanz gezogen. „Zahlreiche Kreisverbände in ganz Niedersachsen erstellen derzeit eine Übersicht für ihren jeweiligen Landkreis. Dadurch soll Transparenz geschaffen werden, wo Arztpraxen auch mit Rollstühlen, Gehbehinderungen oder Kinderwagen erreichbar sind“, sagt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer.

Auch der SoVD-Kreisverband Grafschaft Bentheim möchte mit seiner Beteiligung an der Aktion auf die Bedürfnisse der Betroffenen aufmerksam machen und hat bereits etwa 200 Arztpraxen untersucht. Beim Großteil handelt es sich um Allgemeinmediziner und Zahnärzte. Die übersichtlich gestalteten Fragebögen werden derzeit in einer Datenbank erfasst und ausgewertet.

„Die Erreichbarkeit der Praxis und ein barrierefreier Zugang betreffen Menschen mit Behinderungen, aber auch Ältere und Eltern mit kleinen Kindern. Deshalb ist diese Untersuchung so wichtig“, betont Bauer. „Außerdem ist die Erreichbarkeit und damit auch der barrierefreie Zugang ein wichtiges Kriterium für die Arztwahl“, ergänzt Gesine Butke, Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes Grafschaft Bentheim. Mit der geplanten Übersicht solle Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, eine Arztpraxis nach ihren individuellen Bedürfnissen zu finden. Zum zweiten „Tag für Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember 2009 sollen die ersten konkreten Ergebnisse der Befragung dann vorliegen und den SoVD-Mitgliedern und Interessierten in einer Übersicht zur Verfügung gestellt werden. Für die Grafschaft Bentheim ist in diesem Zusammenhang eine regionale Broschüre geplant. Dieses Projekt entstand aus dem Seniorservicebüro, in dem sich der SoVD-Kreisverband gemeinsam mit der Freiwilligenagentur, dem Deutschen Roten Kreuz und einem Mehrgenerationenhaus engagiert.



Aus den Ergebnissen der Befragung soll eine Orientierungshilfe entstehen.

Diskussion mit der Deutschen Rentenversicherung

Gesetzliche Rente als Pfeiler

Dr. Ralf Kreikebohm war sich im Gespräch mit dem Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen sicher: „Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt ein stabiler Pfeiler unserer Gesellschaft. Im Hinblick auf die Rendite kann sie sich durchaus mit der privaten Rentenversicherung messen.“

Dieser Aussage des Geschäftsführers der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover stimmte der SPA unter Vorsitz von Edda Schliepack eindeutig zu. „Es findet allgemein ein Umdenken zugunsten dieses stabilen Faktors, also der gesetzlichen Rentenversicherung, statt“, sagte Dr. Manfred Benkler, der früher selbst an der Spitze der DRV Braunschweig-Hannover stand und heute dem niedersächsischen SPA angehört, mit Bezug auf die Finanzkrise. Die 2. Landesvorsitzende Edda Schliepack formulierte aber zugleich eine zentrale Forde-

rung, die den Fortbestand dieser auch aus SoVD-Sicht unersetzlichen Säule des Rentensystems gewährleisten soll: „Die Politik hat die Renten zu sichern, um glaubwürdig zu bleiben. Zudem muss endlich die Erwerbstätigenversicherung kommen!“

Besorgt waren die Mitglieder des SPA ebenso wie die DRV angesichts der Altersarmut. „Die Rente baut auf ordentlichen Regelungen innerhalb des Arbeitsmarktes auf. Ein vernünftiger Mindestlohn würde dazu beitragen, dass die Versicherten später eine akzeptable Rentenhöhe erreichen“, führte Kreikebohm dazu aus. Schliepack ergänzte, wie sehr insbesondere Frauen von niedrigen Löhnen und 400-Euro-Jobs betroffen seien und deshalb geringe Renten zu erwarten hätten. „Ein Mindestlohn von 7,50 Euro ist deshalb nicht nur ein geeignetes Mittel gegen die Einkommens-, sondern auch gegen die zu befürchtende Altersarmut“, sagte sie abschließend.



Dr. Ralf Kreikebohm (links) von der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover mit seinem Vorgänger Dr. Manfred Benkler (SoVD) und der 2. Landesvorsitzenden Edda Schliepack.



Adolf Bauer

Liebe Mitglieder,

der 23. Mai hat zwei Entscheidungen gebracht, eine weitere steht am 7. Juni an. Zunächst wurde Horst Köhler von der Bundesversammlung in Berlin erneut zum Bundespräsidenten gewählt. Meine herzliche Gratulation dazu, verbunden mit allen guten Wünschen für die kommenden Aufgaben. Als Niedersachse und Sportinteressierter habe ich aber ebenso das Finale um die deutsche Fußball-Meisterschaft verfolgt, bei dem der VfL Wolfsburg am Ende die Nase vorn hatte. Das Team aus der Automobilstadt steht damit in der nächsten Saison vor neuen Herausforderungen, vor allem auf europäischer Ebene.

Zwar ist es nicht wirklich vergleichbar, doch ebenfalls vor spannenden Aufgaben steht die Politik in Europa. Anders als bei der Wahl Köhlers und dem Meistertitel des VfL können wir dabei jedoch alle direkt mitbestimmen. Denn bei der Europawahl am 7. Juni legen wir, die Wählerinnen und Wähler, fest, welche Personen und damit auch Positionen im Europäischen Parlament zukünftig stärker ins Gewicht fallen sollen.

Dort werden künftig nämlich immer mehr Entscheidungen gefällt, die auch den Bereich des Sozialen in Niedersachsen - und ganz Deutschland - betreffen. Derzeit entsendet Niedersachsen zehn Abgeordnete aus fünf Parteien ins Straßburger Parlament. Wer nun also mitbestimmen möchte, welche Menschen und Schwerpunkte aus unserem Bundesland heraus bei der EU vertreten werden sollen, der kann einfach von seinem Wahlrecht Gebrauch machen. Denn letztlich entscheiden wir, ob sich die europäische Politik ähnlich stark für die sozialen Belange einsetzt, wie es sich der SoVD-Landesverband Niedersachsen zur Aufgabe gemacht hat.

Ihr Adolf Bauer

SoVD-Landesverband Niedersachsen im Gespräch mit der AOK

Konkrete Beschwerden bei Inkontinenzartikeln erörtert

Probleme nach der Umstellung der Versorgung mit aufsaugenden Inkontinenzartikeln durch neue Lieferanten waren der Anlass für ein Gespräch, das die 2. SoVD-Landesvorsitzende Edda Schliepack und Meike Janßen, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, mit der AOK Niedersachsen geführt haben.

In diesem Gespräch wurden die beim SoVD-Landesverband Niedersachsen eingegangenen Beschwerden und Probleme erörtert. Die AOK Niedersachsen ist allen Fällen inzwischen nachgegangen und hat für Abhilfe gesorgt. Im Wesentlichen wurde kritisiert, dass die nunmehr gelieferten Inkontinenzartikel (beispielsweise Windeln, Schutzhosen oder Einlagen) eine schlechtere Qua-

lität mit einer geringeren Saugfähigkeit und Passform aufweisen würden. Dem Vertrag zufolge, den die AOK Niedersachsen mit den Lieferanten abgeschlossen hat, ist eine bedarfsgerechte und medizinisch notwendige Versorgung der Versicherten sicherzustellen. Dieser Bedarf ist durch ein ausreichendes Beratungsgespräch der Lieferfirma zu ermitteln. Die Versicherten müssen im Anschluss bestätigen, dass ein Beratungsgespräch stattgefunden hat. Den Vertragsinhalt mit Leistungsbeschreibung können Interessierte auf der Internetseite der AOK unter www.aok.de/niedersachsen einsehen. Die AOK Niedersachsen hat in dem Gespräch mit dem SoVD zugesagt, im

Falle von Problemen und Beschwerden mit den Lieferanten jedem Einzelfall unverzüglich nachzugehen. Versicherte der AOK Niedersachsen sollten jedoch noch einige Hinweise beachten: Es ist anerkannt, dass Ärzte eine Halbjahresverordnung ausstellen können. Die Verordnung mit Hilfsmitteln unterliegt keinem Budget. Außerdem ist für die jeweilige Art der Inkontinenzartikel die medizinische Indikation maßgeblich. Sogenannte „Pants“, also Windeln in Hosenform, sind zum Beispiel in der Regel nicht verschrieben. Sind sie jedoch aus besonderen Gründen notwendig, werden die Kosten bei entsprechender Begründung von den Krankenkassen übernommen. Wenn eine Ver-

sorgung gewünscht wird, die das notwendige Maß überschreitet, so müssen die Mehrkosten selbst getragen werden. Die AOK Niedersachsen hat mit den Lieferanten vereinbart, die Inkontinenzartikel in einer neutralen Verpackung zu liefern. Der Liefertermin soll mit den Versicherten abgestimmt werden, bei Abwesenheit wird eine Nachricht mit einem erneuten Liefertermin hinterlassen. Betroffene, die Probleme mit der Lieferung von aufsaugenden Inkontinenzartikeln haben, können sich mit ihren Fragen an ihre jeweilige SoVD-Geschäftsstelle in ihrer Nähe wenden. Eine Übersicht befindet sich auf der Homepage des Landesverbandes (www.sovd-niedersachsen.de).